Nummer 170

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Löppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil K. Rengel, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Sonnabend, 11. April 1925

Hindenburg an das deutsche Volk!

Jarres für Hindenburg.

TU Duisburg, 11. April.

Dr. Jarres erläßt folgenden Aufruf:

An meine Wähler!

Der erste Wahlgang hat der durch mich vertretenen Sache einer überparteilichen Kandidatur des Reichsblockes mit 10,5 Millionen Stimmen schönen Erfolg gebracht. Ich danke allen, die mir Vertrauen schenkten, dafür von Herzen! Nunmehr geht es zum entscheidenden Treffen. Der beste Deutsche, dessen Name den hellsten Klang in unserm Volke hat, ist bereit, uns zu führen. Hinter ihm stehe auch ich. Von allen meinen Wählern erwarte ich, daß sie folgen. Jede am 29. März für mich abgegebene Stimme gehört nunmehr dem Feldmarschall! Alle Kräfte anspannen zum Endsiege unter der Losung: Hindenburg!

gez.: Dr. Jarres.

Der Kyffhäuser-Bund für Hindenburg.

Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser" erläßt zur Reichspräsidentenwahl folgende Kundgebung:

„Kameraden! Der erste Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hat bedauerlicherweise die große Zerrissenheit gezeigt, die unser Volk bis in die nationalen Kreise hinein beherrscht, trotzdem wir uns unseres alten Erbfehlers, der Uneinigkeit, wohl bewußt sind. Hand in Hand ging damit eine Wahlmüdigkeit, die den Beweis dafür liefert, daß Millionen Deutscher sich durch nichtige Gründe von der Erfüllung einer nationalen Pflicht haben abhalten lassen, auf die der Vorstand des Bundes in seiner Kundgebung vom 22. März dieses Jahres schon so nachdrücklich hingewiesen hatte. Wir richten deshalb nochmals die ernste und dringliche Bitte an alle unsere Kameraden, als nationale Wähler ihrer Wahlpflicht am 26. April — Männer und Frauen — restlos nachzukommen. Die Gesichtspunkte, unter denen unsere Kameraden ihrer Wahlpflicht zu genügen haben, sind in der Kundgebung vom 22. März d. J. bereits so fest umschrieben, daß auch nicht ein Kamerad im unklaren sein kann, wie er zu wählen hat. Also wähle jedermann den Kandidaten, der unbedingt überparteiisch und national eingestellt ist! — Soeben wird die Nominierung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg bekanntgegeben. Kameraden, helft unserem Ehrenpräsidenten zum Siege!"

Hindenburgs Kandidatur und das Ausland.

Von Kreisen, die mit den maßgebenden Offizieren der hiesigen fremdländischen Missionen in enger Fühlung stehen, wird uns versichert, daß die führenden Militärs in den Ententestaaten der möglichen Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten vollständig ruhig entgegensehen. Man würde in ihr weder eine drohendes Symptom baldiger Kriegsgefahr noch einen Versuch monarchistischer Restauration erblicken. Man verweist auf das Beispiel Frankreichs nach 1871, wo Marschall Mac-Mahon bald nach dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs Präsident wurde. Mac-Mahon hat aus seiner monarchistischen Gesinnung wie ein Hehl gemacht, trotzdem er sich als guter verfassungsmäßiger Präsident erwiesen und keine Revanchegelüste gepflegt.

Von dem Soldaten und Menschen Hindenburg wird in fremdländischen Militärkreisen mit höchster Achtung ja man darf sagen, mit Ehrerbietung gesprochen. Der Gedanke, er könnte seinen Eid als Reichspräsident verletzen und dem monarchistischen Umsturz die Hand bieten, wird als ausgeschlossen angesehen. Man bezeichnet es durch als unwahrscheinlich, daß Hindenburgs Wahl unvorhergesehene Komplikationen der Militärkontrolle und der eventuellen Räumung des Kölner Sektors und des Ruhrgebietes mit sich bringen würde. Es besteht nicht der geringste Grund zur Annahme, daß die Note der Botschafterkonferenz auf Grund des Berichtes der militärischen Ueberwachungskommission, die nächster Zeit in Berlin überreicht werden wird, durch Hindenburgs Wahl, eine Verschärfung erfahren würde.

Soweit bisher eine Stellungnahme der alliierten Regierungen, über eine mögliche Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten stattgefunden hat, darf festgestellt werden, daß einer Aenderung der Politik der Alliierten gegen Deutschland bisher von keiner Seite als notwendig hingestellt worden ist. Angesichts der vollständigen militärischen Abrüstung Deutschlands hält man jede militärische Revanchepolitik für undiskutabel.

Was nun die Wahlaussichten Hindenburgs betrifft, so hält man dieselben für die denkbar günstigsten. Man erwartet, daß die nationale Parteien, aus der indifferenten Wählermasse, noch erhebliche Reserven, für Hindenburg mobil machen werden. Der Name Hindenburgs, des Retters Deutschland von der Russeninvasion, werde, wie ein zündender Funke, die Gleichgültigen aufrütteln und zur Wahlurne bringen. Dagegen zweifelt man, ob Marx, alle Stimmen der Linksrepublikaner aus dem ersten Wahlgange, auf sich vereinigen werde.

An das deutsche Volk!

Vaterländisch gesinnte Deutsche aus allen deutschen Gauen und Stämmen haben mir das höchste Amt im Reiche angetragen; ich folge diesem Rufe nach ernster Prüfung in Treue zum Vaterlande.

Mein Leben liegt klar vor aller Welt. Ich glaube, auch in schweren Zeiten meine Pflicht getan zu haben. Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung ohne Ansehen der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufsstandes als Reichspräsident zu wirken, so soll es an mir nicht fehlen. Als Soldat habe ich immer nur die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien. Sie sind in einem parlamentarisch regierten Staate notwendig, aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen, unabhängig von ihnen für jeden Deutschen walten.

Den Glauben an das deutsche Volk und an den Beistand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umschwung der Dinge zu glauben, kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht zerspaltene Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit. Es bedarf vor allem der Säuberung unseres Staatswesens von denen, die aus der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Reinlichkeit des öffentlichen Lebens und Ordnung kann kein Staatswesen gedeihen. Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechtes hochzuhalten.

Wie der erste Präsident auch als Hüter der Verfassung seine Herkunft aus der sozialistischen Arbeiterschaft nie verleugnet hat, so wird auch mir niemand zumuten können, daß ich jemals meine politische Ueberzeugung aufgebe. Gleich dem von mir hochgeschätzten Herrn Dr. Jarres erachte auch ich in jetziger Zeit nicht die Staatsform, sondern den Geist für entscheidend, der die Staatsform beseelt.

Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt, und den konfessionellen und sozialen Frieden will, und bitte ihn:

„Hilf auch Du mit zur Auferstehung unseres Vaterlandes".

v. Hindenburg.

„Reinheit, Treue und Wahrheit."

Der Wahlaufruf der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

Vor der Aufstellung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg hat die, vom Reichsminister a. D. Dr. Jarres vorgezeigte schwarz-weiß-rote Binde im Wahlkampf um den Reichspräsidenten die höchste Steigerung erreicht. In diesem Glauben sehen alle Verbände und Parteien Deutschlands Hilfe nicht in internationaler Versicherung sondern in fester nationaler Sicherheit. Die vaterländischen Verbände danken dem großen Führer in der Not für die Bereitwilligkeit, mit der er sich erneut zur Verfügung gestellt hat. Der Name Hindenburg ist der Inbegriff christlichen Deutschen Wesens, er ist die Verkörperung der alten deutschen Tugenden: Reinheit, Treue und Wahrheit. Im diesem Zeichen wird Deutschland zu seinem gesteckten Ziel Einigkeit und Recht und Freiheit gelangen. So allem wird der Sieg über alles Halbe, Schlechte und Unwahre errungen werden. Darum auf, deutsche Frauen und Männer zum Sieg mit Hindenburg unter der Losung: „Deutschland, Deutschland über alles".

Ein Aufruf der Bayerischen Volkspartei für Hindenburg.

TU München, 11. April.

Der Abgeordnete Schäffer hat an die Bezirksvorstände und Vertrauensleute der Bayerischen Volkspartei im Kreisverband in München einen Aufruf erlassen, worin er Hindenburg als das Symbol der deutschen Treue bezeichnet und erklärt, am 26. April müsse Hindenburg unbedingt zum Siege verholfen werden.

Der Hamburger Bürgerbund für Hindenburg.

TU Hamburg, 10 April.

In einer gestern abgehaltenen Ausschußsitzung des Hamburger Bürgerbundes unter Leitung von Bürgermeister Schröder wurde nach kurzer Aussprache einstimmig beschlossen, beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur des Feldmarschalls Hindenburg einzutreten.

— **Eine Zweigstelle des Reichsblocks in Hannover.** Der Reichsblock für die Präsidentenwahl hat, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, in Hannover im Hotel Königlicher Hof (Kaufmannshaus) eine Zweigstelle errichtet, deren Leitung in den Händen des Oberstleutnants a. D. von Feldmann liegt. In ihr gehören Vertreter aller im Reichsblock vereinigten Parteien und Verbände.

Ein Appell an die Demokraten.

München, 11. April.

In einem Brief, welchen der langjährige fortschrittliche Führer der Demokratischen Partei Dr. Müller-Meiningen, zugleich im Namen seines Freundes Nikolaus Stolz, an den Führer der Deutsch-Demokratischen Partei Abg. Koch richtet und den die „Münchener Neuesten Nachrichten" heute veröffentlichen, heißt es u. a.: Wir ersuchen in letzter Stunde, da durch die Kandidatur Hindenburg eine neue Lage geschaffen ist, die Einigung auf eine verfassungstreue Persönlichkeit, welche über den Parteien steht, zu schaffen. Welche persönlichen und politischen Bedenken man hegen mag, Hindenburg ist ein Mann, der ehrlich die Verfassung achtet und auf den sich auch die Deutsch-Demokratische Partei zur Vermeidung von Zwietracht einigen könnte.

Herrn Marx, gegen dessen außen- und innenpolitische Stellungnahme wir schwere Bedenken haben, können wir unsere Stimme nicht geben.

Die Marxisten werben um die Kommunisten.

Die Stimmung in der sozialdemokratischen Masse gegen die Gemeinsamskandidatur Marx, brodelt unter der Oberfläche fort. Wenn auch die Linksorgane, auf starkem Druck der Parteileitung, für Marx umschwenken, es läßt sich doch aus den Stimmen örtlicher Organisationen erkennen, daß die organisierten Mitglieder Dr. Marx' Parole nur sehr ungern folgen. In zahlreichen Funktionärversammlungen, die in der vergangenen Woche in Berlin stattfanden, ist diese Mißstimmung unverhohlen zum Ausdruck gekommen. Man hat der Parteileitung sehr viele unangenehme Wahrheiten gesagt, besonders verübelt man es den Führern, daß sie sich von den Zentrumsleuten vor eine „vollendete Tatsache" stellen ließen, statt selbst des Präsidenten zu spielen, und sofort nach dem ersten Wahlausgange Brauns Wahl zu propagieren. Für die politische Taktik und das Kompensationsgeschäft mit Preußen zeigen diese Parteiangehörige wenig Verständnis und sind verärgert darüber, daß sich die Partei von den „Schwarzen" über den Löffel barbieren ließ.

Uebrigens hat eine Fühlungnahme mit den kommunistischen Organisationen stattgefunden, um zu sondieren, ob ein Teil der kommunistischen Stimmen für Marx zu gewinnen sind. Nach Hindenburgs Aufstellung hat man diese Versuche mit Hinblick auf die bedrohte Republik wiederholt. Die Kommunisten haben sich diesen Lockrufen gegenüber streng ablehnend verhalten.

Sturz des Kabinetts Herriot.

Innen- und außenpolitische Bedeutung der französischen Krisis.

TU Paris, 10. April.

Das Kabinett Herriot ist heute abend nach sechsstündiger Debatte im Senat bei der Abstimmung mit 156 gegen 132 Stimmen unterlegen. Da Herriot die Vertrauensfrage gestellt hatte, mußte das Kabinett zurücktreten. Das Abstimmungsergebnis wurde auf der Rechten mit großem Beifall begrüßt, die Linke rief: Es lebe die Republik!

* * *

Das Schicksal Eduard Herriots und der Regierung eines Linkskartells war seit Wochen besiegelt. Auch wenn es noch gelang, den scharfen Klippen der letzten Finanzdebatten zu entgehen, so würden doch die empörten Wogen das morschgewordene Schiff sehr bald auf harten Strand gesetzt haben. Nun ist nach dem prekären Vertrauensvotum der Kammer am Donnerstag kaum vierundzwanzig Stunden später das Mißtrauensvotum des Senats gefolgt und hat, doch noch überraschend, die Demission des Kabinetts erzwungen.

Damit wäre in genau elf Monaten — seit dem sozialdemokratischen Wahlsieg vom 11. Mai 1924 — ein großer Aufwand schmählich genug vertan. Man muß an die Jubeltöne und prahlerischen Versprechungen zurückdenken, mit denen damals die gesamte Linkspresse, nicht nur Frankreichs, den Beginn einer neuen Aera des inneren und äußeren Friedens, der vollen Verwirklichung des sozialistischen Programms, der Volkssouveränität und antikapitalistischen Volkswirtschaft zum Heile der Nation verkündeten. Man muß sich an die mit allem Pomp „welthistorischer Ereignisse" aufgemachten großen Reden Macdonalds und Herriots auf der Genfer Völkerbundstagung erinnern, die heute wie der „Schnee vom vorigen Jahre" sind, um die ganze Schwere des Fiaskos zu erfassen.

Macdonald ist längst politisch tot, und der Genfer Pakt ist ihm in das Grab gefolgt. Aber der letzte große konservative Wahlsieg und die politische Reife und Festigkeit des überwiegenden Teiles der Bevölkerung haben in England gien nachhing, wodurch er scharfen Widerspruch im eigenen Volke und Mißtrauen im Auslande hervorrief und schließlich, von einer halben Maßnahme zur anderen trotz aller ernsten Schwierigkeiten und Zukunftssorgen doch eine neue Konsolidierung ermöglicht.

Herriot dagegen und mit ihm Frankreich stehen heute vor einem, zum großen Teil von der letzten Regierung selbst verschuldeten Trümmerfeld, vor dem Zusammenbruch nicht nur einer Partei, sondern eines wichtigen Teiles der staatlichen Macht und der staatlichen Autorität.

Herriot hat außenpolitisch den Frieden nicht bringen können, weil er, anstatt praktische entschlossene Verständigungspolitik zu treiben, pazifistischen Ideologiemelend, notgedrungen dort anlangte, wo sein von ihm viel gelästerter Vorgänger Poincaré gestanden hatte. Und auch das ersehnte Ziel einer neuen Befestigung der Entente mit England hat er nicht zu erreichen vermocht.

Inzwischen aber haben die elf Monate des sozialdemokratischen Herriot-Regimes Frankreich eben innenpolitisch und vor allem finanziell mit überraschender Schnelligkeit die schiefe Ebene hinabgleiten lassen. Es ist hier nicht möglich und auch nicht nötig, auf alle die Einzelheiten der Polemik einzugehen, die gestern in der entscheidenden Senatssitzung von Herriot und seinen beiden Hauptgegnern Poincaré und François Marsal zur Verteidigung der eignen Sache und des eignen Standpunkts vorgebracht worden sind. Außenpolitisch haben, wie gesagt, ja beide Teile gesündigt, was ihnen besonders auch von dem angelsächsischen Weltkapitol diesseits wie jenseits des Ozeans oft genug mahnend vorgeworfen worden ist. Innenpolitisch aber hat Herriot eben durch eine doktrinäre, dogmatische und dabei recht eng egoistische Parteiherrschaft, die noch verschlimmert wurde durch seine faktische Hörigkeit den sozialistischen Bundesgenossen gegenüber, jene

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte

(Nr. 15).